

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Bekommen die Tuareg einen eigenen Staat in Nordwestafrika?

Vor wenigen Wochen waren die deutschen Zeitungen voll von Berichten über den westafrikanischen Staat Mali und die dortigen Unruhen. Weit weg? Ja und Nein, denn in der heutigen Zeit ist nichts mehr weit entfernt. Sehr schnell ist auch von einem zivilen oder militärischen Eingreifen die Rede, wenn über die Fernsehschirme Bilder des Grauens und der Hoffnungslosigkeit flimmern. Deutsche Soldaten stehen bekanntlich am Horn von Afrika, um die Piraten zu bekämpfen. Sie befanden sich auch am Kongo und in manch anderem Land. Haben deutsche Abenteuerträume nicht auch schon von den Tuareg oder von Timbuktu gehandelt?

Die Tuareg glauben, in der Tradition der legendären Garamanten zu leben, die schon lange vor Beginn unserer Zeitrechnung ein Reich in der Sahara beherrschten. Von ebenbürtigen Kämpfen mit den Römern ist die Rede. Doch im 7. nachchristlichen Jahrhundert erwiesen sich die gerade zum Islam bekehrten Araber als stärker. Nordwestafrika wurde bald zum Maghreb, zu „Westarabien“. Einige der Berbervölker, also der nichtarabischen Ureinwohner, leisteten noch lange erbitterten Widerstand gegen den Islam. Auch heute spürt man in Teilen Marokkos, Algeriens oder Libyens die berberische Kultur. Die Berber und die mit ihnen verwandten Tuareg haben eine eigene Sprache und Schrift. Die Zahl der Tuareg wird aber auf höchstens zwei Millionen Menschen geschätzt. Größere Teile von ihnen leben in der Republik Mali und damit in jenem ehemals sagenumwobenen „reichen Reich“ am Nigerbogen, dessen Zentrum Timbuktu war. Die verschleierte Tuareg fühlen sich von jeher den schwarzen Afrikanern überlegen. Sie waren es auch, die dem früheren Mali-Reich ein Ende bereitet hatten.

Das afrikanische Mali erbte viele koloniale Probleme

Am 22. März 2012 putschten Teile der malischen Armee gegen den Präsidenten des Landes, Amadou Toumani Toure.

Der Vorwurf war, dass Toure zu wenig gegen die im Nordteil des Landes aufsässigen Tuareg unternommen habe. Diese hatten immer wieder, als die „Herren der Wüste“, Aufstände inszeniert, nicht nur in Mali, sondern auch in den angrenzenden jungen Staaten. Die Grenzen sind ja, wie in ganz Afrika, künstlich gezogen. Sie durchschneiden sehr oft die uralten Stammesgebiete. Leicht kann man sich als Minderheit diskriminiert fühlen und bewusst Unruhe schüren. Die seit etwa 1960, seit der beginnenden Unabhängigkeit nach dem Zeitalter des Kolonialismus, angestrebte Integration klappete nicht, obwohl oder weil die Armee Plattform der Integration war („Schule der Nation“). Die zum Offizier oder Korporal ausgebildeten Menschen fühlten sich bald stark genug, selbst Befehle zu geben.

Vor genau 20 Jahren hatte der damals 44-jährige Oberstleutnant Toure selbst einen Militärputsch unternommen. In einem Gespräch mit deutschen Politikern am 27. Februar 1992 in der malischen Hauptstadt Bamako betonte er glaubhaft die Hoffnung des Militärs, sich bald auf die eigentlichen Aufgaben zurückziehen zu können. Er werde, sagte er, bei den anstehenden Präsidentenwahlen nicht selbst als Kandidat zur Verfügung stehen. Aber bei 48 angemeldeten Parteien und bei den „großen Sorgen mit den Tuareg“ werde das „Übergangskomitee zur Rettung des



1992 erklärt Übergangs-Präsident Toure Klaus Rose die Hoffnungen Malis.

Volkes“ viel Arbeit bekommen. Seine Frau, eine gelernte Hebamme, habe ihm ein soziales Gewissen vermittelt. „Krankenhäuser und Kindergärten sind für unser Land sehr wichtig“, betonte er mehrmals. Eine deutsche militärische Beratergruppe hatte damals bei Bapho am Niger eine gepflegte Wohnanlage erstellt, mit kleinen Häuschen für die Unteroffiziere und mit Schule, Kindergarten und Sanitätsraum für die Einheimischen. Mit großem Tamtam für die Deutschen war eine prächtige Einweihungszeremonie abgelaufen. Toure war tatsächlich erst zehn Jahre später, als pensionierter Soldat, zum Präsidenten gewählt und 2007 wiedergewählt worden. Er hatte sich Ansehen erworben und 2012 mit Rücktrittsschreiben auf das Staatsamt verzichtet.

Der neue Tuareg-Staat AZAWAD

Jetzt, im Jahr 2012, glauben die Tuareg den Machtwechsel in Bamako richtig genutzt zu haben. Im wüstenhaften Norden Malis hatten Rebellen der „Nationalen Bewegung für die Be-

freiung des Azawad“ (MNLA) die Unabhängigkeit erklärt. Teile von ihnen wurden im Libyen des Oberst Gaddafi ausgebildet, man sagt ihnen auch enge Verbindungen zur Al Qaida nach. Die malische Armee hatte nach ihrem Militärputsch im Süden den Nordteil des Landes weitgehend geräumt. An eine Rückeroberung denkt derzeit niemand. Aber die Proklamation von Azawad hat in den Nachbarstaaten ziemliche Unruhe hervorgerufen. Denn die Tuareg leben auch in anderen Staaten. Nicht wohl fühlt sich Frankreich. Es hat in seinen ehemaligen Kolonien weiterhin Interessen. Ein militant-islamischer Unruheherd in diesem Teil der Welt käme sehr ungelogen. Denn bekannt ist auch, dass im Norden Nigers Uran abgebaut wird, was die Franzosen für ihre Atomreaktoren brauchen.

Schnell hatten die Azawad-Kämpfer erklärt, man werde die internationalen Grenzen nicht antasten. Was aber ist, wenn in vielen Köpfen die Idee eines „Großen Berberreichs“ herum spukt? Wenn man die Schwäche von Nachbarregie-

rungen, ähnlich wie in Mali, ausnutzen kann? Wenn man die eigene große nationale Geschichte entdeckt, wie Europa und seine Völker damals im 19. Jahrhundert? Dass die MNLA Timbuktu eingenommen hat, ist bestimmt kein Zufall. Mit diesem Namen verbindet sich die Erhabenheit früherer Jahrhunderte, ähnlich wie Kairo oder Bagdad für die einen, Konstantinopel oder Rom für die anderen. Timbuktu war zwar von den Briten (wieder-)entdeckt worden. Doch neben Macht und Reichtum stand die Stadt auch für islamische Gelehrsamkeit. Sie gehört heute zum UNESCO-Weltkulturerbe, ist also Symbol für Vergangenheit und Zukunft. Wem wird die Zukunft gehören?

Eine schnelle Anerkennung bekam Azawad bisher nicht. Doch auch der Süd-Sudan musste warten. Wenn allerdings Al-Qaida ihr Unwesen treiben sollte, würden die immer noch starken Staaten des „Westens“ romantischen Gefühlen nicht nachgeben. Noch fand sich niemand, der dem neuen Staat seine Anerkennung bietet – nicht einmal Peking.